



Bern, März 2006

Presserohstoff

## Schaffung eines UNO-Menschenrechtsrats

---

### Rückblick: Werdegang einer diplomatischen Initiative zur Schaffung eines UNO- Menschenrechtsrats

- **März 2003:** Rede der Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, an der 59. Tagung der Menschenrechtskommission. Darin weist sie auf die Notwendigkeit einer Reform der Kommission hin. Deren Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel, und deren Arbeitsmethoden sind in Frage gestellt. Nach über 50 Jahren Tätigkeit erfährt die Menschenrechtskommission eine übermässige Politisierung und Selektivität ihrer Beratungen; sie ist nicht mehr in der Lage, in Krisensituationen innert nützlicher Frist zu handeln.
- **Frühjahr 2003:** Das EDA beauftragt Professor Walter Kälin vom Institut für öffentliches Recht der Universität Bern, im Rahmen einer Studie (Titel: „Reform of the UN Commission on Human Rights“) nach Reformmöglichkeiten für die Kommission zu suchen. Die Idee der Schaffung eines Menschenrechtsrats erscheint erstmals.
- **März 2004:** Bundesrätin Calmy-Rey weist an der 60. Tagung der Menschenrechtskommission erneut auf die Notwendigkeit einer Reform dieser Institution hin und verspricht, einige Leitgedanken zur Schaffung eines Menschenrechtsrats vorzulegen.
- **August 2004:** Im Auftrag des EDA legt Professor Walter Kälin eine zweite Studie mit dem Titel „Towards a Human Rights Council: Options and Perspectives“ vor, die drei verschiedene Modelle für die Schaffung eines solchen Rats vorschlägt.
- **Im September 2004** unterbreitet Bundesrätin Calmy-Rey diese Studie dem UNO-Generalsekretär und der von ihm eingesetzten Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel.
- **November 2004:** Im EDA wird die Task Force Menschenrechtsrat geschaffen. Sie soll Arbeitsgrundlagen erarbeiten und als strategischer "Think Tank" und Plattform



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI  
DEPARTAMENT FEDERAL D'AFFARS EXTERIURS

für die Koordination zwischen der Zentrale und den Vertretungen im Ausland dienen, insbesondere den ständigen Missionen in New York, Genf und Brüssel.

- **1. Dezember 2004:** Veröffentlichung des Berichts der Hochrangigen Gruppe zur UNO-Reform. Darin wird die Schaffung eines Menschenrechtsrats als langfristige Option erwähnt.
- **14. März 2005:** Bundesrätin Calmy-Rey bekräftigt an der 61. Tagung der Menschenrechtskommission, dass die Reform des UNO-Menschenrechtssystems eine der Prioritäten der Schweiz bildet und dass sie den innovativen Vorschlag unterstützt, einen Menschenrechtsrat zu schaffen und das Hochkommissariat für Menschenrechte zu stärken.
- **21. März 2005:** Der UNO-Generalsekretär präsentiert seinen Vorschlag für eine Reform der Vereinten Nationen unter dem Titel „In grösserer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle“. Im Bericht wird die Idee aufgenommen, die Menschenrechtskommission durch einen Menschenrechtsrat zu ersetzen. Im April 2005 plädiert der Generalsekretär anlässlich einer Sitzung der Menschenrechtskommission für die Schaffung eines Menschenrechtsrats.
- **2. Mai und 7. Juni 2005:** Die Schweiz veranstaltet zwei Seminare in Lausanne, um mit allen interessierten Staaten über die Schaffung eines Menschenrechtsrats zu diskutieren.
- **14.–16. September 2005:** Am Hauptsitz der UNO in New York findet der Weltgipfel 2005 (M+5) statt. Er verabschiedet ein Schlussdokument („Outcome Document“), in dem die Staats- und Regierungschefs den Präsidenten der Generalversammlung ersuchen, "offene, transparente und alle Seiten einschliessende Verhandlungen zu führen, die so bald wie möglich während der sechzigsten Tagung abgeschlossen werden sollen, mit dem Ziel, das Mandat, die Modalitäten, die Funktionen, die Grösse, die Zusammensetzung, die Mitglieder, die Arbeitsmethoden und die Verfahren für den Rat festzulegen."
- **15. September 2005:** Erklärung von Bundespräsident Schmid anlässlich der hochrangigen Plenarsitzung der 60. UNO-Generalversammlung (M+5-Gipfel). Der Bundespräsident gibt der Zufriedenheit der Schweiz darüber Ausdruck, dass die Schaffung eines neuen Rats beschlossen wurde, und betont die Entschlossenheit der Schweiz, ihre Anstrengungen fortzuführen. Im gleichen Sinne äussert sich Bundespräsident Schmid anlässlich einer Zusammenkunft der Frankophonie-Staaten am Rande des M+5-Gipfels.
- **20. September 2005:** Erklärung von Bundesrätin Calmy-Rey in der allgemeinen Debatte der 60. UNO-Generalversammlung, in der sie die Schaffung eines Menschenrechtsrats als eine der vier Prioritäten der Schweiz für die institutionelle



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI  
DEPARTAMENT FEDERAL D'AFFARS EXTERIURS

Reform bezeichnet. Sie bedauert im Namen der Schweiz, dass es im Schlussdokument des M+5-Gipfels nicht zu einer Einigung über die Modalitäten des künftigen Rats gekommen ist.

- **3. Oktober 2005:** Die Schweiz stellt dem Präsidenten der UNO-Generalversammlung, Jan Eliasson, die schweizerische Expertin für Menschenrechte Rachel Groux zur Verfügung. Sie trägt dank ihrer Erfahrung massgeblich zur Erarbeitung von Präsident Eliassons Verhandlungsstrategie bei.
- **11. Oktober 2005:** Präsident Eliasson ernennt die ständigen Vertreter von Panama und Südafrika zu seinen Co-Präsidenten, um die Verhandlungen über die Schaffung eines Menschenrechtsrats zu erleichtern, und legt sein Arbeitsprogramm für die Gesamtheit der Reformen vor. Beginn einer intensiven Verhandlungszeit.
- **3. November 2005:** Der Präsident der Generalversammlung legt ein Dokument mit Optionen für die Modalitäten des künftigen Menschenrechtsrats vor. Es beruht auf Vorschlägen, die von den Staaten eingebracht wurden.
- **21.–22. November 2005:** Der Präsident der Generalversammlung begibt sich nach Genf, um die Delegationen, Menschenrechtsexperten und Vertreter der Zivilgesellschaft vor Ort anzuhören. Er erklärt ihnen auch die Strategie seines Arbeitsprogramms.
- **24.–26. November 2005:** Die Schweiz veranstaltet in Genf ein zweitägiges Seminar für alle französischsprachigen Länder mit dem Ziel, die Delegationen für die Bedeutung des internationalen Genf zu sensibilisieren und wichtige Punkte im Zusammenhang mit der Schaffung des Rats zu diskutieren. Der persönliche Berater des Präsidenten der Generalversammlung, Parfait Onanga-Anyanga, nimmt an diesem Seminar teil.
- **23. Dezember 2005:** Das Budget 2006-2007 der UNO wird in New York genehmigt. Dem Antrag der Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, auf Erhöhung der Zahl der Mitarbeiter (91 neue Stellen) und der finanziellen Mittel (86 Mio. US-Dollar während 2 Jahren zusätzlich aus dem ordentlichen Haushalt der UNO) wird stattgegeben. Die schweizerische Delegation in New York hat sich in der Haushaltskommission der Generalversammlung stark für dieses Ergebnis eingesetzt.
- **Ende 2005–Januar 2006:** Die vom Präsidenten der Generalversammlung für den Abschluss der Verhandlungen vorgeschlagene Frist wird nicht eingehalten. Die Delegationen, welche die extremsten Positionen vertreten, sind noch nicht bereit, Konzessionen zu machen. Vor der Weihnachtspause wird keine Lösung gefunden, und die Verhandlungen werden auf Anfang Januar 2006 vertagt. Am 11. Januar gehen die Beratungen gestützt auf einen neuen Textentwurf weiter. Es gibt erneut zahlreiche Meinungsverschiedenheiten.



- **1. Februar 2006:** Die beiden Co-Präsidenten legen einen neuen Text vor, in dem sie zu verschiedenen noch offenen Fragen Kompromissvorschläge unterbreiten:
  - Grösse, Wahl und erste Mitglieder des Rats
  - Zahl der Tagungen und ihre Dauer
  - Qualität der Zusammensetzung des Rats

Dank grosser Anstrengungen hinter den Kulissen und einer konstruktiven, öffentlichen Intervention der Schweiz und einiger anderer gemässigter Länder wird der Text relativ gut aufgenommen, obwohl immer noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Dieses Datum scheint eine Wende in den Verhandlungen zu bringen: Die Delegationen, die bisher die härtesten Positionen vertraten, sehen ein, dass auch sie Konzessionen machen müssen.

- **6. Februar 2006:** Mit dem Ziel, vor Ende Februar einen konsensfähigen Text vorlegen zu können, nimmt der Präsident der Generalversammlung die Verhandlungen selbst an die Hand und beginnt informelle bilaterale Beratungen mit den Delegationen.
- **23. Februar 2006:** Präsident Eliasson legt seinen Resolutionsentwurf im Rahmen einer Plenarsitzung der Generalversammlung vor. Für den Chef der Schweizer Mission in New York beginnt eine intensive Phase des Lobbyings für den vorgeschlagenen Text und des Engagements für die Annahme der Resolution.
- **15. März 2006:** Die UNO-Generalversammlung verabschiedet die Resolution über die Schaffung des neuen Menschenrechtsrats mit Sitz in Genf.